

Präsidentialadresse anlässlich der Generalversammlung des Schweizerischen Verbandes der Bürgergemeinden und Korporationen vom 10. Juni 2005 in Sion

Meine Damen und Herren

heute endet wieder einmal eine Amtsperiode unseres Verbands. Ich nehme diese Tatsache zum Anlass, kurz auf die vier vergangenen Jahre Vorstandsarbeit Rückschau zu halten:

Nach Basel im Jahre 2001, wo Hanni Dillier, Christian Miesch, Sergio Winiger und Richard von Guntern, die ausscheidenden Hans Ulrich Fässler, Erwin Aufdenblatten, Edmund Heri und Eduard Omlin im Vorstand ablösten, und der Sprechende das Präsidium von Hans Ullrich Fässler übernahm, als auch die Geschäftsführung von Dr. Daniel Arn auf Andreas Hubacher überging, führten engagierte Organisationskomitees im Zusammenwirken mit dem Vorstand erfolgreiche Generalversammlungen mit attraktivem Rahmenprogramm durch. Diese fanden

- am 7./8. Juni 2002 in Sursee,
- am 13./14. Juni 2003 in Bad Ragaz und
- am 14./15. Mai 2004 in Locarno statt.

Die heutige GV in Sion schliesst die Amtsperiode würdig ab. Eindrückliche Referate hielten 2001 – 2004: Dr. Andreas Burckhardt über „Politik und Wirtschaft“, Nationalrat Josef Leu

über „Einheit in der Vielfalt hat Zukunft“ und Ständerat Dr. Eugen David zum Thema „Spannungsfeld Bürgerrecht“ sowie Staatsrat Luigi Pedrazzini über die „Wirtschaftlich-soziale Bedeutung der Bürgergemeinden im Tessin“.

In diesen vier Jahren äusserte sich unser Verband immer wieder zu aktuellen Themen; er formulierte zahlreiche Vernehmlassungen, vor allem zu folgenden Bundesgesetzen:

- Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige
- Revision der Bürgerrechtsgesetzgebung (wiederholt)
- Revision des Personenrechts (Infostar, wiederholt)
- Verordnung zum Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige
- Verhandlungsempfehlungen Buwal
- Teilrevision des Vernehmlassungsrechts
- Teilrevision des Publikationsgesetzes
- Vorentwurf für eine Revision des Zivilgesetzbuches, Teilrevision des Immobiliarsachen- und Grundbuchrechts
- Vereinfachung der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Verhinderung von Missbräuchen durch eine Präzisierung des Verbandsbeschwerderechtes

Der Schweizerische Verband der Bürgergemeinden und Korporationen war und ist auch in verschiedenen gesamtschweizeri-

schen Gremien und Organisationen vertreten, so im Schweizerischen Gemeindeverband und im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (Dr. Rudolf Grüninger), in der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (Joachim Caluori) und in der Eidgenössischen Ausländerkommission (Franz von Graffenried).

Der Verband bot in diesem Zeitraum, jeweils in Olten, Seminarien an: so am 23. August 2002 zur Eidgenössischen Revision der Bürgerrechtsgesetzgebung und am 5. Dezember 2003 zur Zukunft des Bürgerwaldes. Beide waren von unseren Mitgliedern gut besucht.

Jährlich wurden drei Nummern unseres Informationsorgans „Die Schweizer Bürgergemeinde“ mit verschiedenen Schwerpunktthemen herausgegeben und an unsere Mitglieder verschickt.

Der Vorstand, in welchen 2002 Pierre Lovis (Jura) zugewählt wurde und 2004 Vreni Jenni (Bern) den ausscheidenden Franz von Graffenried ablöste, traf sich zu 20 Vorstandssitzungen und zahlreichen Arbeitstreffen sowie jährlich einmal zur Aussprache mit den Kantonalpräsidentinnen und –präsidenten.

Ohne in Eigenlob zu verfallen, darf ich wohl mit Fug behaupten, dass die Hauptzwecke unseres Verbandes gemäss Art. 3 unserer Statuten, nämlich die Erhaltung und Pflege der bürgerlichen

Institutionen, die Wahrung der Interessen und die Beratung der Bürgergemeinden und Korporationen sowie die Förderung und Stärkung der freundeidgenössischen Beziehungen unter den Mitgliedern nicht nur mit Eifer verfolgt worden sind, sondern der Verband und seine Organe seine Aufgaben gemacht und seine Obliegenheiten erfüllt hat.

Aber wir alle wollen und dürfen uns nicht selbstzufrieden zurück lehnen, sondern müssen uns den Herausforderungen der Zukunft annehmen und für das Wohl unserer Bürgergemeinden und Korporationen weiter arbeiten und weiter kämpfen.

Wenn ich Ihnen nun noch berichte, ich hätte vor einigen Wochen an einer Tagung Herrn Max Havelar angetroffen, dann denken die meisten wohl, wir hätten uns sicher über Bananen, Kaffee oder Blumen unterhalten, welche aus sauberer, menschenfreundlicher Produktion und fairem Handel stammen. Wenn ich aber zugebe, dass es den Max Havelar in Wirklichkeit gar nicht gibt, wird sich wohl mancher wundern. Er ist nämlich nur eine Romanfigur in einem Buch, welches ein holländischer Schriftsteller im Jahr 1860 herausgegeben hat und – teils autobiografisch – die Missstände in den Kolonien von Niederländisch-Indien beschreibt. Weil das seinerzeit nicht ungefährlich gewesen ist, hat er sich ein Pseudonym zugelegt: „Multatuli“ hat er sich genannt, was auf Deutsch heisst: „Ich habe viel gelitten“.

Warum erzähle ich das hier, werden Sie sich fragen. Weil der Name Max Havelar für ein Ideengut, für die Mission (einer später gegründeten, schweizerischen Stiftung) steht, mit persönlichem Einsatz den bäuerlichen Genossenschaften, den Arbeiterinnen und Arbeitern in den benachteiligten Regionen im Süden der Welt den Marktzugang zu fairen und nachhaltigen Handelsbedingungen zu sichern, und man dabei darauf achtet, dass die Waren nach strengen internationalen Standards produziert und gehandelt werden.

Genau so stehen auch die Bürgergemeinden und Korporationen für ein Gedankengut, das durch ihre Organe und Mitglieder umgesetzt werden muss. In ihren Leitbildern steht, dass sie sich für ihren Lebensraum verantwortlich fühlen und ihnen das Wohl des Gemeinwesens am Herzen liegt. Diese Idee gilt es zu verwirklichen, auch wenn dieses Tun nicht ausschliesslich und nicht immer goutiert oder gar gelobt sondern oft kritisiert oder belächelt wird. Wenn unsere uns selber gegebenen Grundsätze nicht nur Papiertiger sein sollen, wenn alle am gleichen Strick ziehen und das erst noch in die gleiche Richtung, dann sollte es eigentlich gelingen, eine florierende Zukunft für unsere kleinsten staatlichen Zellen im politischen Umfeld zu ermöglichen. Je grösser nämlich die politischen Räume werden, desto wichtiger sind heimatliche Bezugspunkte, wo Tradition mit Zukunft gepflegt wird, nämlich unsere Bürgergemeinden und Korporationen.

Dr. Rudolf Grüninger, Basel